

Florian Zabransky

Die bpb und das bundesweite GedenkstättenSeminar

Konturen eines langjährigen Engagements

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) ist seit vielen Jahren Mitausrichterin des bundesweiten GedenkstättenSeminars. Damit übernimmt sie kontinuierlich Verantwortung für die Weiterentwicklung und Stärkung der Gedenkstättenarbeit zu den NS-Verbrechen.

Bereits das zweite Treffen verschiedener Gedenkstätteninitiativen, das im Mai 1982 in Dachau stattfand, wurde von der bpb finanziell unterstützt – und seit dem ersten »offiziellen« GedenkstättenSeminar 1983 war sie Mitausrichterin von 48 der bislang 69 Gedenkstätten-Seminare.

Frühes Engagement der bpb

Das Zusammenwirken von damals noch vornehmlich zivilgesellschaftlich organisierten Gedenkstätteninitiativen »von unten« und der bpb als staatlicher Einrichtung war in den frühen 1980er-Jahren keine Selbstverständlichkeit, sondern zunächst dem Engagement von Einzelpersonen geschuldet.

Vonseiten der bpb ist vor allem Ulrike Puvogel als Mitbegründerin dieser engen Verbindung zu nennen.¹ Sie nahm an besagtem Treffen der Gedenkstätteninitiativen 1982 persönlich teil

Brief von Christoph Heubner (Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste – ASF) an Detlef Garbe, der 1981 anlässlich der Eröffnung des Dokumentenhauses Neuengamme ein erstes Treffen von Gedenkstätteninitiativen in Hamburg initiiert hatte. Auf Bitten von ASF wurde das zweite Treffen in Dachau 1982 von der bpb mit 3.000 D-Mark bezuschusst

© Sammlung Detlef Garbe

und stellte dort »Initiativen der Bundeszentrale für politischen [sic!] Bildung im Bereich der Gedenkstättenarbeit« vor.² Bereits hier wurde erkennbar, dass sich staatliches und zivilgesellschaftliches Engagement im Ringen um die Erinnerung produktiv ergänzen können.

Puvogel war auch die zentrale Akteurin hinter den umfassenden Dokumentationen der bundesdeutschen Gedenkstättenlandschaft zu den NS-Verbrechen. Bereits 1981 publizierte die bpb einen ersten Reader »Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland«. 1987, 1995 und 1999 erschienen weitere, jeweils aktualisierte und erweiterte Dokumentationen.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

Jebensstraße 1, 1000 Berlin 12
Telefon: (030) 31 02 61

Herrn
Detlef Garbe
Köhlbrandtreppe 1
2000 Hamburg 50

Konten:
Postscheckkonto Berlin West Nr. 675-103
Deutsche Bank Berlin
Konto Nr. 8952814, BLZ 10070000
35/7860/Heu./bur.
19. Okt. 1981

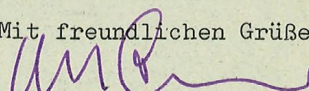
Lieber Detlef!

Bei Dir und den Freunden aus Hamburg, möchte ich mich sehr herzlich für Euer Engagement in bezug auf unser Treffen am Wochenende bedanken. Ich denke, daß wir doch eine Zusammenarbeit der verschiedenen Initiativen auf den Weg gebracht haben. Interessieren würde es mich bei Gelegenheit, auch noch von den übrigen Ereignissen anlässlich der Eröffnung zu hören.

Bitte möchte ich Dich, mir möglichst bald die Adresse von Frau Puvogel (?) von der Bundeszentrale für Politische Bildung zu überlassen. Ich würde mich gern bezüglich der Möglichkeiten im nächsten Jahr mit ihr in Verbindung setzen.

Also nochmals herzlichen Dank.

Mit freundlichen Grüßen,


Christoph Heubner

Gruppenfoto des »Referat III 3.2 Arbeitshilfen für außerschulische Erwachsenenbildung und Gedenkstätten«, ca. 1994/95. Ulrike Puvogel ist ganz links zu sehen

Titelbilder der 1995/1999 erschienenen Dokumentationen der bundesrepublikanischen Gedenkstättenlandschaft

© bpb



Auf diese Weise sorgte die bpb nicht nur für einen kontinuierlichen Überblick über die stetig wachsende Gedenkstättenlandschaft, sondern trug auch maßgeblich zu deren Wahrnehmung als übergreifendem Zusammenhang und damit zu deren Etablierung bei.³ Nicht zuletzt legten die aufwändig recherchierten Bände den Grundstein für das Referat »Gedenkstättenarbeit«, das im Jahr 2000 eingerichtet wurde und aus dem sich mittlerweile der »Arbeitsbereich Erinnerungskultur, Antisemitismus und Gedenkstätten« entwickelt hat.

Die bpb als erinnerungskulturelle Akteurin

Das frühe und anhaltende Engagement der bpb läuft dem gängigen Narrativ, die bundesdeutsche Gedenkstättenlandschaft sei gänzlich in Opposition zu staatlichen Akteuren entstanden, zuwider. Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus und die Stärkung eines kritischen Geschichtsbewusstseins wurden und werden von der bpb als Kernelemente einer demokratischen Kultur und damit als grundsätzliche Aufgaben der politischen Bildung verstanden.

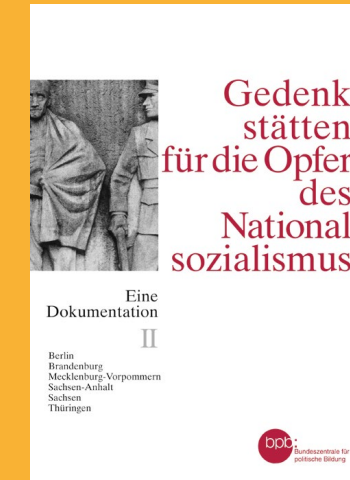
Zugänge zu Geschichte sind heute vielfältiger und Geschichtsbilder pluraler. Die Dimensionen des Zweiten Weltkrieges und des Holocausts haben weltweit Spuren hinterlassen. Die überregionale und transnationale Vernetzung lokaler Geschichtsinitiativen, die Unterstüt-

zung des Austauschs zu Forschungs- und Vermittlungsansätzen sind daher ebenso wie Fragen der Professionalisierung und Weiterbildung wichtige Anliegen des »Arbeitsbereichs Erinnerungskultur, Antisemitismus und Gedenkstätten« geworden. Dies kam in den vergangenen Jahren in zahlreichen Projekten mit deutschen wie internationalen Partnerinnen und Partnern zum Ausdruck. Die Bedeutung der bpb als bewährte Akteurin im erinnerungskulturellen Feld wird zudem in der neuen Gedenkstättenkonzeption bekräftigt: Sie ist Mitglied im Expertengremium für die Projektförderung; und auch ihre tragende Rolle beim bundesweiten GedenkstättenSeminar wird nun explizit benannt und gewürdigt.⁴

Die bpb in der Gedenkstättenlandschaft

Ziel auch staatlich verfasster historisch-politischer Bildung muss jedoch immer sein, ein hohes Maß an Selbstreflexion zu wahren und sich in Auseinandersetzung mit historischen Fakten (selbst-)kritisch mit Geschichtspolitik und Instrumentalisierung von Geschichte zu befassen.

Eine zentrale Grundlage der Arbeit der bpb ist der auf einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg im Jahr 1976 beschlossene Beutelsbacher Konsens. Die darin fixierten Prinzipien – Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot sowie die Befähigung



von Lernenden, sich gesellschaftlich zu verorten, politische Situationen zu analysieren und darin eigene Interessen entwickeln und vertreten zu können – behalten bis heute ihre Gültigkeit. Zugleich bedarf die historisch-politische Bildung in der offenen Gesellschaft einer normativen Grundhaltung, die konsequent auf Demokratie und Menschenrechte ausgerichtet ist.

Die bpb verfolgt mit ihrem Engagement in der Gedenkstättenarbeit folgende Ziele: Stärkung einer pluralen, dezentralen Gedenkstättenlandschaft und deren nachhaltige Vernetzung; Unterstützung des fachlichen Austauschs sowie von Qualifikations- und Fortbildungsmaßnahmen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Dafür leistet das GedenkstättenSeminar seit jeher einen grundlegenden Beitrag, weswegen die bpb ihm einen hohen Stellenwert beimisst.

Bereits in den frühen 1980er-Jahren charakterisierte Ulrike Puvogel Gedenkstätten zu den NS-Verbrechen als bedeutsame Lernorte: »Ihre verstärkte Einbeziehung in die politische Bildungsarbeit [...] könnte zur Ermutigung künftiger Generationen beitragen, Zivilcourage und Solidarität zu zeigen, um Gefahren für unsere Demokratie abzuwehren.«⁵ Diese frühe Setzung gilt für die bpb auch im Jahr 2026 – in dem das 70. bundesweite GedenkstättenSeminar stattfinden wird – unverändert fort.

Florian Zabransky ist Soziologe und Historiker und arbeitet seit Ende 2021 im Arbeitsbereich Erinnerungskultur, Antisemitismus und Gedenkstätten der Bundeszentrale für politische Bildung.

- ¹ Zu Ulrike Puvogel vgl. Thomas Lutz, Jutta Klären: *Ulrike Puvogel – Pionierin der Gedenkstättenbewegung. Ein Nachruf*, in: Gedenkstättenrundbrief 192, 12 (2018), S. 50–51, www.gedenkstaettenforum.de/aktivitaeten/gedenkstaettenrundbrief/detail/ulrike-puvogel-pionierin-der-gedenkstaettenbewegung (5. Februar 2026).
- ² Vgl. Programm des zweiten Treffens der Gedenkstätteninitiativen in Dachau, 21.–23. Mai 1982 (Sammlung Detlev Garbe).
- ³ Speziell die beiden Bände aus den 1990er-Jahren sind bis heute weit verbreitet und als PDF nach wie vor online verfügbar: www.bpb.de/shop/buecher/einzelpublikationen/33973/gedenkstaetten-fuer-die-opfer-des-nationalsozialismus-band-i (5. Februar 2026).
- ⁴ Vgl. Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien: *Konzeption des Bundes für die Gedenkstätten zur Aufarbeitung der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur* (veröffentlicht am 12. November 2025), S. 34, 46; Download über: www.kulturstaaatsminister.de/aufarbeiten-und-erinnern/gedenkstaettenkonzeption (5. Februar 2026).
- ⁵ Bundeszentrale für politische Bildung: *Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland* (Redaktion: Ulrike Puvogel), 2. überarb. Aufl., Bonn 1981, S. 2.